Markt unter Kontrolle

Die ökonomische Reformpolitik Chinas seit Deng Xiaoping. Von Uwe Behrens

Uwe Behrens ist promovierter Transportökonom und hat von 1990 bis 2017 in China gearbeitet. **Im Verlag Edition Ost** erschien dieses Jahr sein Buch »Feindbild China. Was wir alles nicht über die Volksrepublik wissen«.

ach knapp 30 Jahren als Volksrepublik war China Ende der 1970er noch immer ein weit rückständiges Entwicklungsland. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf betrug nur zwei Prozent des BIP der USA und nur zehn Prozent des BIP der Sowjetunion. Über 80 Prozent der Bevölkerung lebte auf dem Land, ein ebenso großer Teil der Einwohner waren Analphabeten. Die Wirtschaft war nach den Turbulenzen des »Großen Sprunges« und der Kulturrevolution geschwächt. Das war die Lage, der sich das Volk und die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) nach dem Tod von Mao Zedong 1976 gegenübergestellt sah.

Die neue Führung der KPCh um Deng Xiaoping musste den Balanceakt vollbringen, die Verdienste Maos anzuerkennen. Fehler zu benennen und zugleich Lösungswege für die Zukunft zu finden. Reformen, die bereits unter dem früheren Präsidenten Liu Shaoqi in den fünfziger Jahren begannen, aber durch Mao gestoppt wurden, setzte Deng nun fort. Es gab für die anstehenden Reformen keinen Masterplan, Das Motto lautete: die Praxis beweist, ob die eingeschlagene Politik sich bewährt und erfolgreich ist. Deng prägte den heute oft zitierten Satz: den Fluss überqueren, indem man sich auf den Steinen vortastet!

Das dritte Plenum des II. Zentralkomitees formulierte Ende 1978 die »Vier Modernisierungen«: Entwicklung der Industrie, Landwirtschaft, Wissenschaft und Technologie (einschließlich Verteidigung) bei gleichzeitiger Überwindung von bisher unfruchtbaren Kampagnen des Klassenkampfes. Im realen Leben bedeuteten diese Modernisierungen eine Dezentralisierung der Landwirtschaft, Förderung individueller Leistungen, Anerkennung marktwirtschaftlicher Mechanismen, einschließlich des Wertgesetzes, Förderung eines flexiblen Managements in der Industrie und Stärkung des Gesetzes gegenüber der Autorität einzelner Kader.

Dengs Reformen

Eine der grundlegenden Lehren der KP Chinas fußt auf der dialektischen Lehre von den Haupt- und Nebenwidersprüchen. Der Hauptwiderspruch des Klassenkampfes der Jahre vor 1978 – zwischen Bauern/Proletariat einerseits und Landeigentümern/Bürgertum andererseits – galt als überwunden. Als neuer Hauptwiderspruch wurde nunmehr die Diskrepanz

zwischen den täglich wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnissen der Bevölkerung und den rückständigen Produktivkräften der Gesellschaft gesehen.

Die Reform der Auflösung der Volkskommunen und die Übertragung der Nutzungsrechte auf die Bauernfamilien wurden zuerst ab 1980 in Dörfern der Provinzen Sichuan und Anhui getestet. Nach dem in der Praxis bewiesenen Erfolg lösten die Bauern unter der Führung der Parteikollektive landesweit die Kommunen auf und überführten die Landwirtschaft in eine regulierte Marktwirtschaft. Das war der Startschuss für ein schnelles Wachstum der chinesischen Landwirtschaft und letztlich auch der Industrialisierung. Dabei wurden drei Grundprinzipien formuliert: I. Kein privates Eigentum an Grund und Boden, aber Eigentum der Kommunen, 2. die Nutzungsrechte werden auf die Produzenten übertragen, die die Rechte selbst ausüben oder auch weiterreichen können, und 3. die Nutzer des Grund und Bodens sind für die profitable Bewirtschaftung verantwortlich. Gewinne aus der Nutzung des kommunalen Bodens werden nach Erfüllung der staatlichen Abgaben privatisiert.

Durch die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität wurden Arbeitskräfte freigesetzt, die in lokalen Produktionseinheiten Güter des täglichen Bedarfs produzieren konnten. In der Folge kamen Dörfer zu Wohlstand, erwirtschafteten einen bescheidenen Reichtum und erweiterten ihre Möglichkeiten auf den Märkten. Andere freigesetzte landwirtschaftliche Arbeitskräfte wanderten in die Küstenregionen, in die neu entstehenden Sonderwirtschaftszonen, ab. Die Periode der Arbeitsmigration setzte ein.

Nach der erfolgreichen Reform in der Landwirtschaft nahm die KPCh gemeinsam mit den Arbeitern und Ingenieuren die Reform der Industrie in Angriff. Man bemühte sich, moderne Technologien einzuführen und Industriezweige, nachdem sie zu mehr Konkurrenzfähigkeit hin umgestaltet worden waren, dem Weltmarkt zu öffnen. Dengs Reformen lassen sich mit Lenins Neuer Ökonomischer Politik (NÖP) vergleichen und folgen der Losung, dass es genüge, die Kommandohöhen der Wirtschaft zu besetzen.

Ab 1988 konnten private Unternehmen mit mehr als sieben Beschäftigten gegründet werden. In den strategisch wichtigen Industriezweigen waren neben den Staatsbetrieben nur Joint Ventures mit einer über

50prozentigen staatlichen Beteiligung und einer Minderheitenbeteiligung ausländischen Kapitals zugelassen. Staatsbetriebe. die bislang die Grundsicherung von Arbeitsplatz und Einkommen, die »eiserne Reisschüssel«, garantierten, wurden an Provinzbehörden übergeben oder in Aktiengesellschaften mit staatlicher Mehrheit umgewandelt.

2017 wurden vom chinesischen Nationalen Statistischen Büro 27 Millionen private Firmen und 65 Millionen individuelle Unternehmen angegeben. Diese privaten Unternehmen erbringen 60 Prozent des BIP, 65 Prozent der angemeldeten Patente. 80 Prozent der neuen Produktentwicklungen und 90 Prozent der neuen entstehenden Jobs. Der Anteil des ausländischen Kapitals dagegen nimmt tendenziell ab.

Heute gibt es nur noch ca. 100 große staatseigene Unternehmen, die einer Institution mit ministerialen Merkmalen unterstellt sind und ausschließlich in Sektoren der Grundversorgung der Gesellschaft tätig sind, darunter Infrastruktur, Telekommunikation, Energieversorgung, Finanz- und Versicherungswesen. Gesundheitswesen und Pharmazie. Statt Erzielung maximalen Profits besteht die Aufgabe dieser Unternehmen darin, das wirtschaftliche Rückgrat der sozialistischen Wirtschaft zu bilden, die Stabilität des Staates und die Grundabsicherung der Gesellschaft zu garantieren - entsprechend der Politik der KPCh.

Flexible Politik

All das geschah in einem Prozess langsamer Reformen, ohne die Wirtschaft in eine Schocktherapie zu versetzen. Diese Entwicklung war allerdings auch mit Rückschlägen verbunden wie etwa der hohen Inflation vor 1989, die zu Protesten führte. Auch das Scheitern des sowjetisch geprägten realexistierenden Sozialismus veranlasste die KPCh, den eigenen Weg erneut zu analysieren und nicht voreilig den Sieg des Sozialismus zu verkünden, sondern von einer langen Übergangsphase auszugehen, in der immer die Gefahr des Rückschritts in den Kapitalismus be-

Während der Zeit des Generalsekretärs Jiang Zemin (1989-2002) nahm eine verstärkte Kapitalisierung der ökonomischen und sozialen Beziehungen auf allen Ebenen der Gesellschaft zu. Unter seinem Nachfolger Hu Jintao (2002–2012) wirkte die

KPCh diesen Tendenzen bereits entgegen. Obwohl sich die Führung der KPCh der Gefahr eines Auseinanderdriftens der Gesellschaft stellte, nahmen das rein quantitative Wirtschaftswachstum auf Kosten der Umwelt und die Ungleichheit zu.

Auf dem XVII. Parteitag 2012, auf dem Xi Jinping als Generalsekretär gewählt wurde, passte die Partei die bisherige Politik an, hin zu einer qualitativen und umweltfreundlichen Wirtschaftsweise mit hoher Produktivität durch Innovationen, einer kontrollierten Marktwirtschaft und einer Teilnahme am Weltmarkt. Durch den Ausbau der Sozial- und Verteilungssysteme und die Bekämpfung der Korruption soll einer drohenden Entwicklung hin zum Kapitalismus vorgebeugt werden. Ausdruck dessen sind auch die Bemühungen, weniger abhängig von ausländischen Märkten zu sein, und die verstärkte Orientierung auf den Binnenmarkt.

Trotz all der marktwirtschaftlichen Reformen hat China nicht die eigene Währung dem internationalen Finanzmarkt geöffnet und sich nicht der Kontrolle des US-Dollars unterworfen. Die Volksrepublik hat die Wirtschaft nur so weit geöffnet, wie es erforderlich war, um die Entwicklung der Produktivkräfte im Lande unter eigener Kontrolle zu entwickeln. China hat den nationalen Markt nicht dereguliert, im Gegenteil: Der Staat und die KPCh haben Reformen durchgesetzt, um den Markt mittels staatlicher Eingriffe im Interesse der Erhöhung des Wohlstandes zu kontrollieren.

Diese protektionistische Wirtschaftspolitik stand im Widerspruch zu den Prinzipien der Welthandelsorganisation, der die VR China 2001 beitrat. Beide Seiten gingen während der Beitrittsverhandlungen erhebliche Kompromisse ein. Seitens der USA und der westlichen Länder in der Hoffnung, in China einen »Wandel durch Handel« fördern zu können. Die Führung der KPCh hat aber zu keinem Zeitpunkt das uneingeschränkte Bekenntnis zum Marxismus und zur Sicherung der aus Kommunisten bestehenden Regierung in Frage gestellt.

Heute tritt China auf Augenhöhe mit den führenden westlichen Wirtschaftsmächten für eine multilaterale Weltordnung ein, um durch internationalen Austausch, eigene Innovationen und weitere dem Entwicklungsstand angepasste Reformen bis 2049 – dem 100. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik - zu einem Land mittleren Wohlstands heranzuwachsen.

